

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Jan Korte, Steffen Bockhahn, Sevim Dağdelen, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Raju Sharma, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012  
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 06  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 33 wird der Titel 684 02 – Durchführung von Integrationskursen – um 75 Mio. Euro auf insgesamt 299,077 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 21. November 2011

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

### **Begründung**

Das Integrationskurssystem ist strukturell unterfinanziert. Trotz der geplanten Aufstockung der Haushaltsmittel um 6 Mio. auf etwa 224 Mio. Euro für das Jahr 2012 reicht das Geld nicht aus für ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Sprachkursangebot und eine faire Bezahlung der Lehrkräfte.

Durch die Erhöhung des Haushaltsansatzes sollen zum einen die im Jahr 2010 ergriffenen Sparmaßnahmen in Bezug auf Teilzeit- und Alphabetisierungskurse, Wiederholungsmöglichkeiten, Fahrkostenerstattung und die Kinderbetreuung

wieder rückgängig gemacht werden, da diese Verschlechterung des Kursangebots erheblich zum Rückgang der Teilnehmenden im Jahr 2010 um 23,6 Prozent beigetragen hat (vgl. Bundestagsdrucksache 17/6924). Eine solche Integrationspolitik nach Kassenlage steht in auffälligem Kontrast zu allgegenwärtigen, meist vorurteilsvoll vorgetragenen Aufforderungen an die Betroffenen, Deutsch zu lernen.

Zum anderen ist eine Aufstockung der Mittel erforderlich, um eine grundlegend verbesserte Bezahlung der Lehrkräfte in Integrationskursen durchsetzen zu können. Diese müssen ihre wichtige Arbeit trotz hoher Qualifikation und Zusatzausbildung für ein skandalös niedriges Honorar leisten und sind deshalb häufig auf ergänzende staatliche Hilfen angewiesen. Die Fraktion DIE LINKE. fordert als Sofortmaßnahme ein Mindesthonorar in Höhe von 30 Euro pro Unterrichtseinheit.

Zur genauen Berechnung der Forderung und weiteren Begründung wird auf den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(4)370c des Innenausschusses des Deutschen Bundestages verwiesen.